IN POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE MÄRZ 2024

EIN KRAFTAKT FÜR DAS BILDUNGSSYSTEM



Bildung und Wirtschaftswachstum
gehen Hand in Hand.
Höchste Zeit, sich den
Herausforderungen zu stellen!





AIT-Geschäftsführerin über Zusammenarbeit mit Industrie

Seite 5



VORARLBERG

Neues Institut der Universität St. Gallen

Seite 10

MZ 03Z034897 M Vereinigung der österreichischen Industrie, Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

Österreichische Post AG,

JOURNALISMUSPREIS

IV zeichnet herausragenden Wirtschaftsjournalismus aus

Seite 2

Ungarn stärkt Anreize für Investoren

Kürzlich empfing das Haus der Industrie eine ungarische Delegation unter der Leitung von Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó. Im Fokus des Treffens standen die bedeutenden Anreize, die Ungarn ausländischen Investoren bietet.

er ungarische Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó betonte seine langfristige Wirtschaftsstrategie, die er seit seinem Amtsantritt im Jahr 2010 konsequent verfolgt. Trotz der Herausforderungen durch die Covid-Pandemie hat Ungarn erfolgreich Arbeitsplätze geschaffen, indem es auf Investitionen statt auf Sparmaßnahmen setzte. Szijjártó hob hervor, dass die Leistung der ungarischen Wirtschaft stark von internationalen Investitionen abhängt, was eine offene Volkswirtschaft erfordere. Besondere Beachtung erfuhr die aktuelle Energiekrise, die durch die Abhängigkeit von Importen und die geopolitischen Entwicklungen verursacht wurde. Szijjártó erläuterte dabei seine pragmatische Sichtweise und betonte die Bedeutung offener Kommunikationskanäle zu Russland, insbesondere im Energiebereich.

Österreich als Schlüsselpartner ungarischer Wirtschaftsziele

Der ungarische Außen- und Handelsminister hob die enge wirtschaftliche Partnerschaft zwischen Ungarn und Österreich hervor. Österreich ist der zweitgrößte ausländische Investor in Ungarn und zählt zu den wichtigsten Handelspartnern, mit einem Volumen von über 13 Milliarden Euro. Szijjártó betonte

die Senkung der "Eintrittsgebühren" für Investoren in Ungarn, zudem werden verschiedene Anreize, darunter auch Steuervergünstigungen, je nach Entwicklungsstand der Regionen angeboten. Die Diskussion mit Vertreterinnen und Vertretern ausgewählter österreichischer Unternehmen im Haus der Industrie umfasste die Themen Energie, Fachkräftestrategie, Infrastrukturausbau und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich.

Wirtschaftsbeziehungen auf Augenhöhe und gemeinsame Ziele

Die Begegnung im Haus der Industrie zeugte von der intensiven Zusammenarbeit

zwischen Ungarn und Österreich, die auf gemeinsamen Interessen und Zielen basiert. Die über 2.400 österreichischen Unternehmen, die aktiv zur Wirtschaft Ungarns beitragen, beweisen die bedeutende Rolle der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Der Fokus auf nachhaltiger Entwicklung, insbesondere bei umweltfreundlichen Technologien, spiegelt das Bestreben beider Länder wider, wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten und gleichzeitig Umweltbelange zu berücksichtigen. Dabei unterstrich Minister Szijjártó, dass "Green" nicht ideologisch sei, sondern die Bewahrung von Land für kommende Generationen bedeute.

Aktuelles in Kürze

IV-Stipendium für High Potentials aus der Ukraine - jetzt bewerben!

Die IV vergibt Stipendien für MINT-Studierende aus der Ukraine, die ihr Know-how an österreichischen Schulen teilen.

Auch heuer vergibt die IV wieder drei Stipendien in der Höhe von je 6.000 Euro an besonders begabte Studierende unter 25 Jahren aus der Ukraine, die derzeit an einer österreichischen Hochschule ein MINT-Studium belegen oder einen Vorstudienlehrgang besuchen. Antragsberechtigt sind High Potentials, die bereits in ihrer Heimat mit exzellenten Ergebnissen an Wissenschaftsolympiaden teilgenommen haben und sich dazu bereit erklären, ihr MINT-Knowhow im Sommer 2024 bei Workshops an österreichischen Schulen zu vermitteln.

Eine aussagekräftige Bewerbung ist ab sofort möglich!

INFORMATION



Hier finden Sie nähere Informationen zu den Rahmenbedingungen.

Kontakt für weiterführende Informationen: highpotentials@iv.at.

"Das Programm der IV für High Potentials aus der Ukraine hat mir eine großartige Möglichkeit geboten, mein Netzwerk zu erweitern und viele interessante Menschen aus der Akademie und der Industrie kennenzulernen, sowohl durch die Mitarbeit im Sommerkurs als auch durch die Teilnahme an diversen Veranstaltungen. Ich habe schon länger die Idee eines Kurses zur 3D-Modellierung entwickelt und finde es äußerst wichtig, dass wir als talentierte Studierende unsere Erfahrungen mit Schülern teilen können. Wir gelten als Vorbilder und können durch unsere Kurse Schüler dazu motivieren, sich in Zukunft für ein MINT-Studium zu entscheiden. Ich bin der IV sehr dankbar, dass sie dieses Programm ins Leben gerufen hat und somit die vertriebenen ukrainischen Studierenden finanziell und ideell unterstützt."

Yurij Chubenko, Stipendiat aus dem Jahr 2023



IV-Journalismuspreis startet

Die Industriellenvereinigung setzt mit dem Start des "Journalismuspreises der Industrie" ein Zeichen für Qualität und Relevanz im Wirtschaftsjournalismus.

er Journalismuspreis der Industrie soll herausragende Leistungen in verschiedenen Kategorien würdigen, darunter Print, Online & Interview, TV & Radio, International und Newcomer.

Hervorzuheben ist der "Milan Frühbauer-Preis", der die Wirtschaftsjournalistin oder den Wirtschaftsjournalisten des Jahres auszeichnet und an den Wegbereiter Milan Frühbauer erinnert, der die Kommunikationsarbeit der IV maßgeblich geprägt hat. "Er hat mit seinem Blick für das Wesentliche, der Kunst, wirtschaftliche Zusammenhänge hochpräzise und verständlich darzustellen, und seinem unvergleichlichen Sinn für Humor die Arbeit der IV von 1972 bis 1999 stark mitgeprägt", so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Die Jury besteht aus Monika Rosen, Börsenexpertin und Vizepräsidentin der Österreichisch-Amerikanischen schaft, Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria, Ivo Mijnssen (Präsident Verband der Auslandspresse in Wien), Christoph Neumayer, IV-Chefökonom Christian Helmenstein und Dominik Futschik, IV-Bereichsleiter Strategie & Kommunikation.

Mit dem Journalismuspreis der Industrie will die IV ihr Engagement für eine objektive und präzise Wirtschaftsberichterstattung unterstreichen und ermutigt Redaktionen sowie freie Journalistinnen und Journalisten zur Einreichung ihrer Arbeiten. Die feierliche Preisverleihung wird im April

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter journalismuspreis.at.

Frauen in Aufsichtsräten

Der zweite Jahrgang des IV-Sparringprogramms "Netzwerk Aufsichtsrat" ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Industriellenvereinigung gemeinsam mit dem Verein zur Förderung von Arbeit ABZ*Austria für mehr Diversität in dem wichtigen Kontrollgremium in Unternehmen ein. Das Programm richtet sich an Frauen, die fachlich alle Voraussetzungen für eine Aufsichtsratstätigkeit mitbringen, und unterstützt sie beim letzten Schritt hin

Tit dem Sparringprogramm "Netz- zu einem Mandat. Mit der feierlichen Zerverk Aufsichtsrat" setzt sich die tifikatsverleihung im Haus der Industrie ist der mittlerweile zweite Durchgang für insgesamt 26 Sparring-Tandems, also 52 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, zu Ende gegangen. Am Tag nach der Verleihung fand wie bereits im Jahr davor der Aufsichtsratstag an der WU Wien statt. Der nächste Durchgang des Sparringprogramms ist bereits in Vorbereitung.



Es ist Zeit, den moralischen Zeigefinger zu senken

Statt sich unangenehmen wirtschaftspolitischen Wahrheiten zu stellen, versucht sich die Europäische Union als Weltverbesserer und will dazu Unternehmen instrumentalisieren. Höchste Zeit für einen Richtungswechsel.



nternehmerische Freiheit und ökonomische Offenheit wachstumsstarken Wirtschaftsräumen gegenüber: Das ist das bewährte Rezept, um aus ökonomisch schwierigen Zeiten zu gelangen. Dass wir uns in Österreich, in Deutschland, in Europa in solchen befinden, wird wohl niemand mehr bezweifeln statt sich allerdings an marktwirtschaftlichen Grundsätzen als Garant für Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit zu orientieren, feiert die Europäische Union offenbar hauptsächlich eine Lockerung der Subventionsregeln. Unser Wettbewerbsnachteil liegt aber nicht in einem Mangel an öffentlichen Geldern.

Die drei Säulen, auf die sich die EU lange verlassen hat, sind mehr als nur ins Wanken geraten: günstige und sichere Energieversorgung, gewinnbringende Exporte nach China und Asien sowie sicherheitspolitische Rückendeckung durch die USA. Statt sich diesen Wahrheiten zu stellen, etwa durch eine gemeinsame europäische Energiepolitik, die Vollendung der europäischen Kapitalmarktunion und die Stärkung (wirtschaftlicher) Beziehungen zu aufstrebenden Weltregionen, gibt die EU den weltverbessernden Oberlehrer. Das hätte kaum deutlicher werden können als durch die Lieferkettenregelung, die im letzten Anlauf zurecht verschoben wurde. Wortwörtlich kündigte die EU-Kommission an, per Gesetz "die Achtung der Menschenrechte in globalen Lieferketten" verankern zu wollen. Zuständig dafür sollen europäische Unternehmen sein, die künftig offenbar EU-Gesetze in fernen Ländern durchsetzen müssen, weil sich die EU-Politik nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischen kann. Sollte sie auch nicht – genauso wenig wie Unternehmen.

Während die USA und China mit unterschiedlichen, aber höchst wirksamen Mitteln um die Führungsrolle in allen wesentlichen Bereichen der Weltwirtschaft ringen, zieht die EU den Wirtschaftsstandort Europa mit besten Vorsätzen in die Bedeutungslosigkeit. Dass jene europäischen Unternehmen, die es kraft ihrer internationalen Produktionsstandorte können, dann woanders investieren, liegt auf der Hand und passiert längst - ohne darüber besonders laut zu sprechen. Es ist Zeit, den moralischen Zeigefinger auf der Weltbühne einzufahren und einen

wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, der Europa wieder auf ökonomische Augenhöhe bringt: regulatorische Belastungen abbauen, in Innovation investieren und globale Partnerschaften stärken. Die EU steht wirtschafts- und sicherheitspolitisch an der Kippe - dabei ist die wirtschaftliche Kraft die größte und letzte verbliebene Stärke des kleinteiligen Europas. Es ist Zeit für eine Weichenstellung, die die EU diesem Anspruch wieder gerecht werden lässt.

Christoph Neumayer,

IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Die wirtschaftliche Flaute im vergangenen Jahr führte zu einem merklichen Rückgang der offenen Stellen. Viele Industriebetriebe haben ihre Produktion zurückgefahren, was sich nicht nur in seit Monaten wieder ansteigenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch in einem Rückgang der offenen

Stellen niederschlägt. Eine Auswertung der Statistik Austria bestätigt dies: Im Jahresdurchschnitt 2023 sank die Gesamtzahl der offenen Stellen im Vergleich zu 2022 um 10,4 Prozent. Der stärkste Rückgang war im Dienstleistungsbereich (minus 10,9 Prozent) und im produzierenden Bereich (minus 18,7 Prozent) zu verzeichnen. Letzteres ist hauptsächlich auf die rezessive wirtschaftliche Situation in der Industrie zurückzuführen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass Betriebe ihre Produktion aufgrund hoher (Personal-)Kosten zunehmend ins Ausland verlagern werden.

Jahresdurchschnitt der offenen Stellen 2014 bis 2023 250 230,4 206,4 200 161,2 150 133,1 111,6 106,7 100 81,1 73,5 67,8 0 2014 2015 2016 2017 2018 2019 2020 2021 2022 2023

Zahl des Monats

Die Treibhausgas-Emissionen in Österreich und der EU sanken 2023 um etwa sieben Prozent. Das liegt aber nicht nur am Erneuerbaren-Ausbau, sondern auch am wirtschaftlichen Abschwung. Es ist jedoch wichtig zu beachten, dass ein solcher Rückgang langfristige negative Auswirkungen auf die Finanzierung des Staats und der Sozialsysteme haben kann, wie Ökonomin Monika Köppl-Turyna von EcoAustria betont. Eine von der IV in Auftrag gegebene Studie zeigt, dass ein starkes Wirtschaftswachstum notwendig ist, um die Klimaziele zu erreichen. Um Klimaneutralität zu erlangen, sollte das Wirtschaftswachstum mindestens 4,3 Prozent jährlich betragen; bis 2040 sogar 7,4 Prozent. Köppl-Turyna argumentiert, dass eine Entkopplung von Emissionen und Wachstum möglich ist. So seien die Emissionen in Österreich von 2005 bis 2022 um 22 Prozent gesunken, das Bruttoinlandsprodukt real aber um ein Viertel gewachsen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der "Osterreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.atmoscienter. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen. Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: 01/711 35-2308, E-Mail: 01/711 35-2308, E-Mail: 01/711 35-2308, E-Mail: 01/711 35-2308, EHomepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

 $Druck: Druck Styria \ GmbH \& Co \ KG, 8042 \ Graz. \ Erscheinungsort: Wien. \ Offenlegung \ nach \S \ 25 \ des \ Mediengesetzes: \ iv-positionen \ erscheint \ 8 \times j \ jährlich \ in \ einer \ Auflage \ von \ 8.300 \ Stück, \ and \ and \ before \ and \ before \ bef$ ıstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/HTL Pinkafeld, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Palfinger, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/Electro Terminal, IV-Vorarlberg/VLK Serra, IV-Wien/Benedict von Loebell











4 Umwelt März 2024

Österreichische Biosolutions in Brüssel

In Brüssel fand der erste European High-Level Summit zu Biosolutions statt – österreichische Unternehmen zählen in diesem Sektor zur Weltspitze.

m 21. Februar ging der erste European High-Level Summit zum Thema Biosolutions unter österreichischer Beteiligung über die Bühne. Der Terminus Biosolutions steht für Produkte aus industrieller Produktion auf Basis biologischer, nachwachsender Rohstoffe – von Enzymen, Bakterien und Mikroorganismen bis hin zu pflanzenbasierten Produkten und Biofuels.

Österreich an der Weltspitze

Österreich ist hier mit einer Vielzahl an Unternehmen im Biosolutions-Sektor in der absoluten Weltspitze vertreten. Hannes Winkelbauer, CEO von Iprona Güssing, und Harald Sigl von der Münzer Bioindustrie GmbH präsentierten im Österreich-Pitch auf der Bühne innovative Produkte ihrer Unternehmen und machten auf regulatorische Hürden aufmerksam. Von Novel-Food-Prozessen

über Upcycling-Projekte bis hin zu besseren Rahmenbedingungen in der EU in Sachen Biofuels gelte es, zahlreiche Verbesserungen zu forcieren, so die beiden Unternehmensvertreter.

Die Industriellenvereinigung hebt gemeinsam mit anderen europäischen Industrieverbänden als European Biosolutions Coalition die Bedeutung dieses Industriesektors hervor und zeigt Hürden auf – Lösungsvorschläge inklusive. Insbesondere die Regulatorik und Zulassungsprozesse hinken anderen Weltregionen stark hinterher. Europa ist zu langsam und zu bürokratisch, wenn es darum geht, innovative Produkte auf den Markt zu bringen. Um dieser Tatsache entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission für März eine eigene "Biotech and Biomanufacturing Initiative" angekündigt.



V.l.: Harald Sigl (Münzer Bioindustrie GmbH), Valerie Gruber (IV), Gernot Haas (IV), Hannes Winkelbauer (Iprona Güssing), Walter Sattlberger (Münzer Bioindustrie GmbH), Maximilian Mauthe (IV).



Harald Sigl von Münzer Bioindustrie.

Expertenmeinung von SOPHIA YEHDEGHO & MAXIMILIAN MAUTHE

EU-Klimaziel: Verschärfung sendet falsches Signal für europäischen Standort

Je ambitionierter die Klimaziele, desto umfassender müssen die europäische Industriepolitik und die damit einhergehenden Maßnahmen sein – wovon bei der bisherigen Umsetzung des Green Deals nicht die Rede sein konnte.

enige Monate vor der EU-Wahl präsentierte die noch amtierende Europäische Kommission am 6. Februar ein neues Klimaziel-Communiqué. Die EU-Kommission schlägt hierbei eine substanzielle Verschärfung vor und möchte die Reduktion von Treibhausgasemissionen um 90 % bis zum Jahr 2040 gegenüber 1990 festschreiben. Die Kommunikation und das knapp 600-seitige Impact Assessment werfen jedoch aus Sicht der Industrie mehr Fragen auf, als sie zu beantworten vermögen.

Besonders aus österreichischer Sicht ist dieses Ziel insofern deutlich zu hinterfragen, als Österreich bereits von der Erreichung des bestehenden Ziels bis 2030 meilenweit entfernt ist. So weist der Entwurf des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP), in dem die Summe aller klima- und energiepolitischen Maßnahmen abgebildet ist, gegenüber dem nationalen Ziel von minus 48% bis 2030 (gegenüber 2005) ein Defizit von 13 Prozentpunkten auf. Auch gesamteuropäisch ist es höchst fragwürdig, ob das Ziel bis 2030 erreicht

werden kann – trotz Pandemie und der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Situation in vielen EU-Mitgliedsstaaten.

Darüber hinaus steht der europäische Standort aktuell enorm unter Druck und die zu Ende gehende Kommissionsperiode hat auf Grundlage des Green Deals vor allem eines gebracht: mehr Bürokratie und weniger Wettbewerbsfähigkeit. Alleine in den letzten fünf Jahren wurden über 800 Gesetze, Richtlinien und Vorschriften beschlossen - das sind 5000 Seiten Bürokratie. Die Ankündigung seitens der Europäischen Kommission sollte daher zum Anlass genommen werden, ein Jahrzehnt des Bürokratieabbaus einzuleiten, die Umsetzung all dieser Vorschriften zu ermöglichen und klimapolitische Ansätze auf ihre Effektivität zu evaluieren, um den europäischen Standort zu entlasten und ambitionierte Klimaziele 2030, 2040 und 2050 überhaupt erreichen zu können. Stattdessen wird diese neue Zielverschärfung erneut erhebliche Auswirkungen auf sämtliche Subziele und Maßnahmen mit entsprechenden neuen (!) Vorgaben für sämtliche Sektoren der Volkswirtschaft haben (Emissionshandels-RL, Energieeffizienz-RL, Erneuerbare-Energie-RL, Lastenteilungs-VO etc.). Aus

IV-Sicht erhöht sich damit der Druck auf den Standort Europa, insbesondere auf die energieintensive Industrie, und verstärkt die damit verbundene Gefahr von Carbon und Investment Leakage zusehends.

Die europäische Klimapolitik muss von einer ehrgeizigen Industriepolitik begleitet werden, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbsfähigkeit am europäischen Standort auf dem Weg zur Klimaneutralität und darüber hinaus gewahrt wird. Je ambitionierter die Klimaziele, desto umfassender müssen die europäische Industriepolitik und die damit einhergehenden Maßnahmen sein, wovon bei der bisherigen Umsetzung des Green Deals nicht die Rede sein konnte. Wirksamer Klimaschutz bedingt die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit.

Statt stets neuer ambitionierter Ziele braucht es vielmehr ein Bürokratiemoratorium und konkrete Strategien, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Europa zu stärken. Nur so wird die Transformation gelingen und Europa weiter eine globale Vorreiterrolle einnehmen können. Andernfalls drohen wir weiter ins Hintertreffen zu geraten – zum Leidwesen von Wohlstand und globalem Klima.



IV-POSITIONEN Forschung

AIT-Geschäftsführerin: "Zusammenarbeit mit Industrie für Forschung unerlässlich"

Brigitte Bach leitet gemeinsam mit Alexander Svejkovsky und Andreas Kugi in einer Dreier-Geschäftsführung als Sprecherin die Geschicke des AIT Austrian Institute of Technology. Im Interview spricht sie über die geplanten Schwerpunkte der kommenden Jahre und über die Zusammenarbeit mit der Industrie.



Die Physikerin Brigitte Bach komplettiert seit 2023 die Geschäftsführung des AIT, die sie mit Alexander Svejkovsky (l.) und Andreas Kugi innehat.

Welche Schwerpunkte hat sich die neue Geschäftsführung der größten außeruniversitären Forschungseinrichtung Österreichs für die kommenden Jahre gesetzt?

Brigitte Bach: Im Fokus der neuen Geschäftsführung des AIT, das sind neben mir Andreas Kugi und Alexander Svejkovsky, steht die Weiterentwicklung der Forschung auf ein neues Level der Wirksamkeit. In unseren strategischen Prioritäten "Nachhaltige und resiliente Infrastrukturen" sowie "Digitalisierung für Industrie und Gesellschaft" setzen wir ambitionierte Ziele. Unsere Initiativen umfassen Investitionen in einzigartige Forschungsinfrastrukturen und die Initiierung von Leuchtturmprojekten. Diese Projekte zeichnen sich durch ihre interdisziplinäre Zusammenarbeit aus und erforschen unter anderem KI-gestützte Automatisierungsverfahren und innovative Mensch-Maschine-Interfaces. Um die ambitionierten Ziele zu erreichen, setzen wir auf ein Team aus den besten internationalen

Talenten, wobei Diversität und Internationalität für uns von zentraler Bedeutung sind. Ein Schlüsselelement unserer Strategie ist die intensive Nutzung künstlicher Intelligenz, der wir durch die von Professor Kugi gegründete AIT AI Task Force besondere Aufmerksamkeit widmen.

Das AIT versteht sich als Akteur für eine gesamtheitliche Systemtransformation – welche Herausforderungen sehen Sie für die Industrie, um die digitale und grüne Transformation erfolgreich zu schaffen und gleichzeitig ihre technologische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern?

Die Herausforderungen der "Triple Transition" – ökologisch, digital und human – erfordern einen umfassenden Ansatz, der alle Phasen des Transformationszyklus berücksichtigt. Dies umfasst den Aufbau von Systemwissen, die Entwicklung strategischer Szenarien, die Technologieentwicklung sowie die Etablierung von Prototypen und Demonstratoren bis hin zum Scaling-up. Unser Ansatz zielt darauf ab, die Industrie

nicht nur durch diese Herausforderungen zu navigieren, sondern auch gestärkt aus ihnen hervorzugehen.

Das AIT betreibt exzellente angewandte Forschung und arbeitet dabei eng mit der Industrie zusammen – was funktioniert dabei gut und wie könnten diese Kooperationen weiter gestärkt werden?

Die enge Zusammenarbeit mit der Industrie ist ein wesentlicher Faktor unseres Erfolgs. Die Arbeit von Andreas Kugi - am AIT und auch an der TU Wien - illustriert exemplarisch, wie eine erfolgreiche Implementierung von der Grundlagenforschung bis hin zur industriellen Umsetzung im Bereich der Automatisierung aussehen kann. Die Projekte im Rahmen des Innovationsverbunds NEFI - New Energy for Industry zeigen zudem, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Industrie von Beginn eines Forschungsvorhabens an unerlässlich ist, um Innovationen erfolgreich zu implementieren. So können Lösungen gefunden werden, die die Effizienz steigern und Kosten senken und damit Unternehmen und den Standort Österreich wettbewerbsfähiger machen.

Das AIT ist Top-Performer im bzw. wichtiger Türöffner für das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe. Was ist aus Ihrer Sicht besonders wichtig für das bereits in Diskussion befindliche künftige Forschungsrahmenprogramm FP10? Im laufenden EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe ist das AIT in Österreich unter den Top-Three-Einwerbern von Fördermitteln – zusammen mit der Universität Wien und der TU Wien. Für die Weiterentwicklung des

EU-Programms ist in unseren Augen neben Budgetaufstockung und Verwaltungsvereinfachungen wichtig, dass der gesamte Transformationszyklus abgebildet sein sollte. Das betrifft insbesondere die Etablierung neuer Pilot- und Demonstrationsprojekte. Zudem sehen wir, dass eine bessere Koordinierung der Forschungspolitik mit anderen sektoralen Politiken, etwa Industrie- oder Standortpolitik, erforderlich ist.

Die Technologiegespräche des AIT finden heuer erstmals in Wien statt - was erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer? Nach 40 erfolgreichen Jahren im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach erfinden sich die Technologiegespräche heuer neu: Die neuen "Technology Talks Austria" finden am 12./13. September 2024 im Wiener Museumsquartier statt, back-to-back mit dem FFG-Forum. In den Folgejahren sind sie jeweils im Herbst rotierend auch in anderen zentralen Orten Österreichs geplant. Mit stark internationalem und europäischem Fokus und einem innovativen Mix an spannenden Formaten wollen wir Technologietrends diskutieren und aktuelle Fragen der FTI-Policy erörtern. 2024 steht die Rolle von Forschung, Technologie und Innovation für die "Triple Transition" in Zentrum. Darauf aufbauend werden Implikationen für die internationale, europäische und österreichische FTI-Politik gezogen.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter www.technologytalks.ait.ac.at.

QCI Days 2024: Quantentechnologie in Österreich und Europa

Im Haus der Industrie fand eine der wichtigsten Veranstaltungen zur Quantenkommunikation in Europa statt – auch Cybersecurity war dabei ein zentrales Thema.

ie technologische Souveränität in den Schlüsseltechnologien der Zukunft ist in Österreich und Europa zuletzt besonders in den Fokus gerückt. Die Quantentechnologie ist eine dieser strategisch wichtigen Schlüsseltechnologien. Eine zukünftige Herausforderung ist die quantensichere Kommunikation, und ein wichtiger Baustein ist dabei der Aufbau eines europäischen Kommunikationsnetzes auf Basis von Quantenverschlüsselungsmethoden (QCI).

Von 24. bis 26. Jänner war daher die europäische Quantenkommunikations-Community bei den QCI Days im Haus der Industrie. Die Veranstaltung mit 350 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde im Kontext des vom AIT koordinierten EU-Projekts QCI-CAT organisiert und von Christoph Neumayer (IV), Georg Niklfeld (FFG) und Andreas Kugi (AIT) eröffnet. Am ersten Tag erhielten österreichische Stakeholderinnen und Stakeholder aus den Bereichen öffentliche Hand, Industrie und Forschung umfangreiche Informationen zu Europas Strategie zum Aufbau des Quantenkommunikationsnetzwerks und den damit verbundenen Chancen, die sich für den österreichischen Wirtschaftsstandort ergeben.

Cybersecurity

Von besonderer Bedeutung sind die neuen Quanten-Sicherheitstechnologien für die Gestaltung der digitalen Souveränität in Europa. Daher lag der Fokus auf dem Einsatz von Quantentechnologien und den Herausforderungen an die Cybersecurity im Quantenzeitalter. Hierzu gab es einen Austausch von Erfahrungen und Best Practices und die Vorstellung von echten Use Cases und Anwendungsszenarien rund um die Absicherung unserer Daten durch den Einsatz von Quantenkommunikationstechnologien. Zudem gab es einen Überblick über die neuesten Entwicklungen der Produktportfolios europäischer Hersteller und Zulieferer für die terrestrische und satellitenbasierte Quantenverschlüsselung. Zentral ist, dass sich Unternehmen und die öffentliche Hand bereits heute auf diese zukünftigen Herausforderungen vorbereiten.

WEBTIPP

Weitere Infos finden Sie unter **qci-cat.at.**



6 Coverstory März 2024

EIN KRAFTAKT FÜR DAS BILDUNGSSYSTEM

Unter dem Schlagwort "Beste Bildung für Österreichs Zukunft" hat die Industriellenvereinigung ein Programm vorgelegt, das konkrete Maßnahmen für ein zukunftsfittes Bildungssystem vorschlägt.

ildung und Wirtschaftswachstum stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Länder, die in Bildung investieren, profitieren nachweisbar von einer höheren Produktivität. Laut dem führenden deutschen Bildungsökonomen Ludger Wößmann würde eine Verbesserung der PISA-Leistung um 25 Punkte das deutsche Wirtschaftswachstum bis 2100 um 7,3 Prozent steigern. Bildung ist also der Schlüssel für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Das österreichische Bildungssystem steht allerdings vor zahlreichen Herausforderungen und es braucht einen Kraftakt, um einen nachhaltigen Wandel herbeizuführen. Die Industriellenvereinigung hat unter dem Titel "Beste Bildung für Österreichs Zukunft" ein umfassendes Programm erarbeitet. Darin werden konkrete Ziele und Maßnahmen für die Bereiche Elementarbildung, Schulbildung, Sekundarstufe II sowie HTL, aber auch für Fort- und Weiterbildung und Hochschulentwicklung vorgeschlagen.

Innovation durch Bildung

65 Prozent der Kinder, die derzeit in die Schule gehen, werden in Jobs arbeiten, die es heute noch nicht gibt – und sie werden gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen müssen, die wir uns noch nicht vorstellen können, und dafür Technologien verwenden, die noch nicht erfunden wurden. Es liegt in der Verantwortung des Bildungssystems, Kinder und Jugendliche schon jetzt mit dem notwendigen Rüstzeug auszustatten und damit die Innovationsfähigkeit des Landes zu stärken.

Grundsätzlich gilt: Je höher der Bildungsabschluss ist, desto höher ist das Lebenseinkommen. Auch das Risiko, arbeitslos zu werden, sinkt mit höherer Bildung nachweisbar deutlich: Die höchste Arbeitslosenrate, rund 30 Prozent, weisen derzeit jene Menschen auf, die nur einen Pflichtschulabschluss besitzen und eine nicht deutsche Erstsprache haben.

Die Herausforderungen

Mangelnde Grundkompetenzen, v.a. in Deutsch, Mathematik und Englisch, erschweren den Einstieg in die nächste Bildungsphase. Österreich investiert etwa 0,7 Prozent des BIP in die Elementarbildung und liegt damit unter dem OECD-Durchschnitt. Vergleichbare Staaten in Europa investieren zwei Prozent des BIP in die frühkindliche Bildung – die Investitionen fehlen in der Qualität der Elementarbildungseinrichtungen.

Der anhaltende Abwärtstrend der PISA-Ergebnisse, insbesondere im Haupttestgebiet Mathematik, zeigt eine alarmierende Entwicklung im österreichischen Bildungswesen auf. Der Rückgang von 499 Punkten im Jahr 2018 auf 487 Punkte im Jahr 2022 – und das trotz beachtlicher finanzieller Zuwendungen (Pro-Kopf-Ausgaben von 14.110 Euro im Vergleich zum OECD-Schnitt von 10.670 Euro im Jahr 2020!) – gibt Anlass zur Sorge und erfordert eine tiefgreifende Analyse der bildungspolitischen Maßnahmen. Trotz erheblicher Investitionen in das österreichische Schulsystem bleiben die erzielten Resultate also hinter den Erwartungen zurück. Vergleichbare OECD-Staaten wie z.B. Finnland oder Estland setzen die finanziellen Mittel für Bildung deutlich effizienter ein.

Mangelnde Bildung führt zu einer geringeren Teilhabe am technischen Fortschritt und Volkswirtschaften erleben Rückschritte in sozialer, demokratischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das führt auch dazu, dass viele Betriebe keine passenden Lehrlinge finden – 80 Prozent

der Unternehmerinnen und Unternehmer sehen die zu geringe Zahl an qualifizierten Bewerbungen als aktuelle Herausforderung für das Ausbilden von Lehrlingen in ihrem Betrieb. Insbesondere die mangelnde allgemeine Ausbildungsreife und an erster Stelle die unzureichenden Mathematikkenntnisse der Jugendlichen wurden besonders hervorgestrichen.

Zudem folgt die Bildungs- und Berufswahl in Österreich immer noch stark den traditionellen Rollenbildern. Entsprechend gering ist daher der Anteil an Frauen in technischen und informatischen Berufen. Um das zu ändern, bedarf es einer frühen und vor allem kontinuierlichen beratenden Begleitung während der gesamten Bildungslaufbahn.



Hier geht's zum Download der Broschüren "Beste Bildung"





IV-Vize-Generalsekretärin Claudia Mischensky bei der Präsentation des "Beste Bildung"-Programms.

IV-POSITIONEN Coverstory 7

5 MASSNAHMEN FÜR EIN ZUKUNFTSORIENTIERTES BILDUNGSSYSTEM

Grundbildung als Fundament für erfolgreiche Bildungs- und Berufskarrieren

Qualitätsvolle Grundbildung beginnt im Kindergarten und ist die Basis für alle weiteren Bildungs- und Berufswege. Es braucht daher aus Sicht der IV dringend eine Offensive für qualitative Grundbildung, die die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler ins Zentrum stellt.

Mittels der Entwicklung eines individuellen Stärkenportfolios können künftig besondere schulische Leistungen wie auch außerschulische Erfolge, Interessen und Stärken

hervorgehoben werden. Das Portfolio soll den Schülerinnen und Schülern als Unterstützung bei der Wahl ihres weiterführenden Bildungs- und Berufswegs dienen und den aufnehmenden Institutionen bzw. Ausbildungsbetrieben ein besseres Bild der Bewerberinnen und Bewerber ermöglichen.

Als formaler Endpunkt einer Bildungspflicht ist aus Sicht der IV ein zertifizierter Abschluss vorzusehen, der eine hohe Aussagekraft zum Wissens- und Kompetenzerwerb besitzt.

Früh investieren: Kindergarten als Schlüssel für langfristige Bildungserfolge

Der vielfache Mehrwert frühkindlicher Bildung in individueller und gesellschaftlicher Hinsicht ist mehrfach empirisch belegt. Die notwendigen Investitionen in den Ausbau hochwertiger Elementarbildungseinrichtungen rentieren sich nach konservativen Berechnungen mindestens um das Achtfache und können mit späteren Maßnahmen nicht erreicht werden.

Dieser Mehrwert äußert sich beispielsweise in der Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten, in der Lernbereitschaft und Lernfreude, im Schulerfolg und im Sozialverhalten. Kinder, die Elementarbildungseinrichtungen besucht haben, erzielen bei PISA-Testungen regelmäßig eine höhere Punktezahl in Lesekompetenz und Rechnen. Langfristig betrachtet können volkswirtschaftliche Effekte wie höhere Beschäftigungsquoten und Steuerleistungen, niedrigere

Kriminalitätsraten sowie bessere Gesundheitswerte beobachtet werden.

Die Forschung zeigt, dass sich Investitionen in den Kindergarten und frühkindliche Bildung langfristig auszahlen (siehe Grafik zur Hackman Curve li.). Ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sollen künftig aus Sicht der IV sicherstellen, dass jedes Kind die bestmöglichen Startvoraussetzungen erhält. Gleichzeitig strebt die IV eine Qualitätssicherung in der Elementarbildung an.

Pädagogische Qualität soll in den Strukturbedingungen wie Personal-Kind-Schlüssel, der räumlich-materiellen Ausstattung für Kinder, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Qualifikation des Personals sichtbar werden. Außerdem ist die Qualität der Ausbildung bundesweit anzuheben.

Evaluierung des Schulsystems für Transparenz und mehr Leistungsfähigkeit

Die IV schlägt vor, dass mittels regelmäßiger und verpflichtender Evaluierungen des Schulsystems bzw. jedes Schulstandorts mit bereits vorhandenen Daten konkrete Strategien, Ziele und Maßnahmen für die kommenden Jahre entwickelt werden. Dadurch können Ressourcen gezielt dort eingesetzt werden, wo sie wirklich benötigt werden. Besonders erfolgreiche Schulstandorte könnten als "Best Practice" dienen und anderen Schulen gegenüber als Impulsgeber fungieren.

Ein entscheidender Schritt in diese Richtung ist die Schaffung eines fairen Evaluierungssystems, das auf einem nachvollziehbaren Kriterienkatalog basiert. Dieses System soll langfristig die Qualitätssicherung im Bildungsbereich steigern, was allen Beteiligten, einschließlich Schülern und Lehrkräften, zugutekommen würde.

Die notwendigen Daten für eine umfassende Evaluierung werden bereits von der Statistik Austria erfasst und sind verfügbar. Zudem wird beispielsweise bereits seit 2012 eine Verschneidung von Arbeitsmarkt- und Bildungsdaten durchgeführt – der flächendeckende Einsatz dieser Daten bleibt aber bisher minimal.

Grundkompetenzen zu Arbeitsmarktkompetenzen weiterentwickeln

Erst auf Basis einer qualitätsvollen Grundbildung gelingt das, was im ureigensten Interesse der Industrie ist: jene Kompetenzen auszubilden, die unmittelbar in den Unternehmen nachgefragt werden. Dies geschieht in Österreich in erster Linie im Rahmen der beruflichen Bildung.

Gerade bei der betrieblichen Lehre gilt es, Hürden zu beseitigen, die ihr Image weiterhin beeinträchtigen, wie z.B. eine relativ unstrukturierte Einstiegsphase oder wenig bekannte Weiterbildungsmöglichkeiten nach Abschluss einer Lehre. Die Bedeutung des Standort-Assets HTL gehört mehr in den Fokus gerückt – sie muss unbedingt Teil einer MINT-Ausbaustrategie sein.

Im hoch qualifizierten Bereich gilt es insbesondere für die Hochschulen, z.B. einerseits ein österreichweites, maßgeschneidertes, strategisch kluges MINT-Maßnahmenbündel zu schnüren, andererseits Studienpläne auf deren Arbeitsmarktfähigkeit hin abzuklopfen.

Konkret könnte man finanzielle Anreize setzen, um das Interesse an besonders arbeitsmarktrelevanten Studien zu erhöhen, den Ausbau von MINT-Studienplätzen an den Fachhochschulen vorantreiben und Drop-out-Quoten in den universitären MINT-Fächern verringern.

Doch die großen technologischen Herausforderungen unserer Zeit verlangen mehr denn je nach dem sprichwörtlichen "lebenslangen Lernen". Für die Vermittlung beruflicher Kompetenzen auf allen Ebenen braucht es klare Analysen und Empfehlungen dazu, in welche Richtung das Kompetenzangebot Österreichs weiterentwickelt werden soll, z. B. durch einen jährlichen Skills-Bericht einer neu einzurichtenden "Skills-Agency".



Skills am Puls der Zeit vermitteln

In der modernen Gesellschaft und Arbeitswelt braucht es ein grundsätzliches Verständnis eines Growth Mindsets bzw. dynamischen Selbstbilds. Perspektivenvielfalt und Vernetzung schaffen die Basis für lebenslanges Lernen, das eine weiterführende, individuelle Spezialisierung ermöglicht. Die Schülerinnen und Schüler wünschen sich selbst bessere Vorbereitung auf das Leben, etwa durch mehr Wirtschaftsbildung und mehr Unterstützung bei der Gestaltung ihres persönlichen Bildungs- bzw. Berufswegs.

Im Hochschulkontext verhilft challenge-based Learning zu mehr

Arbeitsmarktnähe, indem Praxisprojekte systematisch in die Lehre und Forschung integriert werden. Partizipative Formate (Co-Creation Labs, Innovation Hubs) befördern interdisziplinäres Denken, Kooperationsfähigkeit und die in Zeiten der digitalen Transformation mehr denn je notwendige Fähigkeit des Übersetzens zwischen den Welten der Expertinnen und Experten.

Ziel ist, durch eine gute Job Readiness die Arbeitsmarktchancen der Graduierten zu optimieren und den österreichischen Wirtschaftsstandort abzusichern.

8 Aktuelles März 2024

Austausch: Cybersicherheits-Richtlinie wird auf Industrie ausgeweitet

Im Haus der Industrie fand ein exklusiver Austausch zwischen Industrie und Experten zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie statt. Es braucht ein praxisorientiertes Gesetz ohne überbordende Bürokratie.

ie NIS-2-Richtlinie, auch Cybersicherheits-Richtlinie, soll in der EU die Resilienz und die Reaktionen des öffentlichen und des privaten Sektors bei Sicherheitsvorfällen verbessern. Der bisherige Anwendungsbereich der NIS-Richtlinie nach Sektoren wird mit NIS 2 auf einen weit größeren Teil der Industrie und Wirtschaft ausgeweitet, um eine umfassende Abdeckung der Sektoren und Dienste zu gewährleisten, die im Binnenmarkt für grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Tätigkeiten von entscheidender Bedeutung sind. Schätzungen zufolge betrifft die Umsetzung, die bis Oktober 2024 erfolgen muss, zumindest 4.000 österreichische Unternehmen, Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts sowie Vereine. Betroffene Einrichtungen müssen geeignete Risikomanagementmaßnahmen für die Sicherheit ihrer Netz- und Informationssysteme treffen und unterliegen Meldepflichten.

Das Innenministerium und die Industriellenvereinigung haben im Dezember 2023 gemeinsam einen Beteiligungsprozess zur nationalen Umsetzung der NIS-2-Richtlinie gestartet. Um zukünftig die Widerstandsfähigkeit im Cyberbereich zu erhöhen, die Reaktionszeit auf Cyberangriffe zu verkürzen und verpflichtende Standards für Sicherheitsvorkehrungen zu

ermöglichen, wurde mit der NIS-2-Richtlinie eine europäische Grundlage geschaffen. Nun erfolgte im Haus der Industrie Ende Jänner ein erster Austausch zwischen Vertretern der Industrie und Cybersicherheitsexperten, um die nationale Umsetzung der Richtlinie zu behandeln. Durch die Einbindung der Industrie wird angestrebt, das neue Gesetz praxisorientiert und ohne überbordenden Bürokratieaufwand zu gestalten.

"Die österreichischen Industriebetriebe haben in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt bedingt durch die Coronapandemie, einen bedeutenden Digitalisierungsschub erlebt. Gleichzeitig gibt es Studien, die bestätigen, dass Unternehmen, die digitalisiert sind, erheblich profitieren. Was es jetzt braucht, ist Sicherheit für unsere heimischen Unternehmen durch eine Kooperation auf Augenhöhe zwischen privaten und staatlichen Stakeholdern im Kampf gegen Cyberkriminalität", so Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

"Der Dialogprozess ist eine Möglichkeit für die Unternehmerinnen und Unternehmer, konstruktiv und nachhaltig mitzugestalten. Die Herausforderungen im Bereich der Cybersicherheit können nur gemeinsam und in enger Abstimmung gelöst werden", führte Innenminister Gerhard Karner aus.

Seiner Zeit voraus oder bereits überholt? Das Gesetz über künstliche Intelligenz

Bereits seit drei Jahren feilt die EU an Regeln für künstliche Intelligenz. Was erwartet Unternehmen, wenn das KI-Gesetz – voraussichtlich im Herbst – in Kraft tritt?

aum ein Gesetz zur Regelung des digitalen Raums hat in letzter Zeit so viel Aufmerksamkeit erhalten wie das EU-Gesetz über künstliche Intelligenz (KI-Gesetz). Als es im April 2021 von der Europäischen Kommission vorgestellt wurde, hatte es den Anspruch, das erste Gesetz seiner Art weltweit zu sein, aber die Mühlen in Brüssel mahlen langsam, und so wird die finale Abstimmung im Europäischen Parlament den dreijährigen Jahrestag der Veröffentlichung markieren. Diese Abstimmung ist jedoch nur noch Formsache, haben sich die Gesetzgeber auf europäischer Ebene doch bereits im Februar 2024 auf einen Text geeinigt.

Was erwartet uns also, wenn das Gesetz – voraussichtlich im Herbst 2024 – in Kraft tritt? KI-Systeme, die als hochriskant eingestuft werden (erhebliches Schadenspotenzial für Gesundheit, Sicherheit, Grundrechte, Umwelt, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit), werden Prüfungs-, Transparenz- und Auskunftsverpflichtungen auferlegt. Außerdem wird es das Recht, Beschwerden gegen KI-Systeme einzureichen und eine Erklärung für deren Entscheidungen zu verlangen, geben.

Besonders umstritten war die Regelung von KI für allgemeine Anwendungen (GPAI) und deren grundlegende Modelle. Diese unterliegen nun unter anderem Verpflichtungen zur Erstellung einer technischen Dokumentation sowie einer detaillierten Zusammenfassung über die für die Ausbildung verwendeten Inhalte. Diese Andersbehandlung von GPAI führt dazu, dass der ursprünglich auf der Idee einer "Risikopyramide" aufgebaute Rechtsakt nun einen zweigleisigen, mehrstufigen Regulierungsansatz geschaffen hat. KI-Systeme mit unzumutbarem Risiko – wie etwa Social Scoring oder biometrische Kategorisierungssysteme, die sensible Merkmale verwenden (z.B. politische, religiöse, philosophische Überzeugungen etc.) – werden generell verboten.

Letztlich leidet das KI-Gesetz jedoch darunter, dass es viele Dinge nur halbherzig

angeht und trotzdem weit über die ursprünglichen Intentionen der Kommission hinausgeht. Es ist somit wohl kaum geeignet, die Wettbewerbsfähigkeit Europas im Bereich der künstlichen Intelligenz nachhaltig zu stärken, aber es verhindert wenigstens eine Fragmentierung des Binnenmarkts mit einem "Fleckerlteppich" nationaler KI-Gesetze. Die Gesetzgebung zur künstlichen Intelligenz nimmt damit aber erst ihren Anfang: Bereits jetzt gibt es Ambitionen zu weiteren, spezialisierteren Rechtsakten, und auch das KI-Gesetz selbst beinhaltet die Grundlage für knapp 30 Sekundärrechtsakte und Leitfäden. Es heißt für betroffene Unternehmen also weiterhin, ein Auge auf Brüssel und bevorstehende Regelungen zu haben.

Aktuelles in Kürze

"Fonds Zukunft Österreich": Schwerpunktsetzung für 2024 festgelegt

Die Weichen für den Fonds sind für 2024 gestellt – es können wieder 140 Mio. Euro Fördergelder in Spitzenforschung fließen. 2025 läuft der Fonds allerdings aus.

Nach erfolgreicher Bestellung des FORWIT-Rats für Forschung und Wissenschaft in Österreich können auch 2024 über den "Fonds Zukunft Österreich" wieder 140 Mio. Euro in grundlagen- sowie anwendungsorientierte Spitzenforschung fließen. Mitte Februar haben die FTI-Ministerien (Wirtschafts-, Bildungs- und Klimaschutzministerium) die Schwerpunkte für 2024 fixiert. Unter anderem

sind Förderungen für die Beteiligung an FTI-Partnerschaften, Digital Europe und Missionen, anwendungsorientierte Grundlagenforschung (CDG), exzellente Grundlagenforschung, klinische Forschung, die Verwertung von Quantentechnologien, die Stärkung von Risikokapital, MINT-Regionen, Nachwuchsförderungen sowie Forschungsund Technologieinfrastruktur vorgesehen.

Bis Anfang Mai können die Begünstigten des Fonds – Wissenschaftsfonds (FWF), Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) und Austria Wirtschaftsservice (aws) – nun Vorschläge für konkrete Maßnahmen einbringen. Der finale Mittelbeschluss ist für Ende Juni geplant. Wichtig ist, dass danach die

Ausschreibungen rasch auf den Weg gebracht werden.

2025 läuft der Fonds, ein wichtiger Finanzierungsbaustein zum FTI-Pakt, aber aus und muss für die Zeit danach dringend gesichert werden. Die IV setzt sich massiv für eine rasche Novellierung der gesetzlichen Grundlage (FTE-Nationalstiftungsgesetz, FTEG) und eine Aufstockung auf mindestens 200 Mio. Euro pro Jahr ein.

IV-POSITIONEN Junge Industrie 9

JI-Kärnten diskutiert über Zukunftsthemen

Mitglieder der Jungen Industrie Kärnten haben mit Landeshauptmann Peter Kaiser im Rahmen eines Kamingesprächs diskutiert, wie die Politik den Industriestandort stärken will.

eit mehr als zehn Jahren leitet Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) die politischen Geschicke des Landes Kärnten, 2023 wurde er zum zweiten Mal wiedergewählt. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner ÖVP arbeitet er nun bis 2028 das Regierungsprogramm "Zukunft Kärnten" ab. Grund genug für die Junge Industrie unter dem Vorsitz von Edgar Jermendy, den Landeshauptmann zum Gespräch zu bitten, um ebendiese Kärntner Zukunft aus dem Blickwinkel der Jungen Industrie genauer zu beleuchten.

Schrumpfende Bevölkerung und steigende Schulden

In seinem Eingangsstatement spannte Kaiser den Bogen von der seit Jahren ungünstigen demografischen Entwicklung des südlichsten Bundeslands über die Bedeutung von Elementarpädagogik und Kinderbetreuung bis hin zum drohenden Damoklesschwert der Kärntner Schuldenlast; aber auch die attraktiven hochschulischen Angebote in Kärnten und deren weitere Verbesserungsmöglichkeiten sowie die Inbetriebnahme der Koralmbahn Ende 2025 als Jahrhundertprojekt für den Süden Österreichs wurden von ihm thematisiert.

Partner der Steiermark an der Koralmstrecke

Durch die Koralmbahn entstehe ab 2025 ein neuer Zentralraum im Süden, der zweitgrößte Österreichs und siebtgrößte im deutschsprachigen Raum, betont Kaiser. Daneben habe Kärnten gute grenzüberschreitende Anknüpfungen, beispielsweise durch die Alpe-Adria-Allianz bzw. die Euregio. Kaiser sieht die Zukunft für Kärnten chancenreich. Eine gewisse Skepsis herrschte in der Diskussion dahin gehend, ob der Kärntner Zentralraum in Bezug auf Arbeitsplätze, Wirtschaft und das Angebot im Hochschulbereich mit dem Großraum Graz konkurrieren wird können. Kaiser argumentierte, dass Kärnten auch abseits von schöner Landschaft und



Die Junge Industrie diskutierte mit Landeshauptmann Kaiser die Zukunft des Standorts Kärnten – rechts im Bild JI-Kärnten-Vorsitzender Edgar Jermendy, links von ihm Landeshauptmann Peter Kaiser.

attraktiven Lebensbedingungen mit leistbarem Wohnen viel zu bieten habe. Die Kärntner Kinderbildung und -betreuung sei gut ausgebaut, eine deutliche Verbesserung des Mikro-öffentlichen-Verkehrs zu und von der Koralmstrecke sei in Erarbeitung. Am künftigen FH-Campus auf dem Klagenfurter Krankenhausgelände der Kabeg sollen Tausende Studierende eine Medizinausbildung bekommen, u. a. in Kooperation mit der Meduni Graz. Es gehe nicht darum, dass eines der beiden Bundesländer besser als das andere sei oder werde, sondern darum, gemeinsam den neu entstehenden Zentralraum zu stärken und attraktiv für Menschen von außerhalb zu machen.

Überspanntes Budget, starke Wirtschaftsleistung

Außerdem Gegenstand der Diskussion war die Zukunft des Kärntner Landeshaushalts – die Pro-Kopf-Verschuldung ist hier besonders hoch. Kaiser kalmierte, dass ein Schuldenstand unter vier Milliarden Euro weiterhin realistisch sei und strukturelle mittelfristige Sparmaßnahmen im Raum stünden. Er sprach sich jedoch klar dagegen aus, die regionale Wirtschaftsleistung einem rigiden Sparkurs zu opfern. Er sei sich der besonders großen Bedeutung der Kärntner Industrie für die Bruttowertschöpfung und Beschäftigung im Land bewusst – und werde für Maßnahmen eintreten, um die Wirtschaftsleistung zu halten bzw. zu verbessern.





Bundesvorstand trifft sich am Grundlsee

Anfang Februar kam der JI-Bundesvorstand für die jährliche Klausur in der Steiermark zusammen.

uch dieses Jahr versammelten sich die Funktionäre der JI im Rahmen der Bundesvorstandsklausur, um gemeinsame Ziele und Themen für das kommende Jahr auszuarbeiten. Schnell einigte man sich, dass der Mehrwert für die Mitglieder zukünftig stärker im Fokus stehen soll. Zudem möchte man sich als moderne, serviceorientierte Organisation positionieren – nicht zuletzt, um den aktuellen Mitgliederrekorden gerecht zu werden.

In mehreren Working Sessions wurden im Rahmen der Klausur also innerorganisatorische Fragen geklärt sowie künftige Themenschwerpunkte festgelegt. Neben den Bereichen Bildung, MINT, Generationengerechtigkeit und Klima diskutierte man unter anderem über gemeinsame Veranstaltungskonzepte. Besonders im Fokus stand dabei die bundeslandübergreifende Zusammenarbeit und Kommunikation.

Trotz des straffen Zeitplans fand sich Zeit für Teambuilding am malerischen Grundlsee, um den Austausch von Ideen zu vertiefen und die Zusammenarbeit zu stärken. 2024 wird für die Junge Industrie jedenfalls ein spannendes Jahr, auf das wir uns sehr freuen!



WENIGER IST MEHR

Lieferketten, Bürokratisierung und der Handel.

In Österreich wird jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet. Somit hängt unser Wohlstand davon ab, dass wir im internationalen Wettbewerb reüssieren. Ein paar Erfolgsfaktoren haben wir selbst in der Hand, wichtige Rahmenbedingungen gibt uns aber die Politik vor. Anstatt Unternehmen das Leben leichter zu machen, erlegt uns die Politik laufend neue komplizierte und enorm aufwendige Regularien auf, und das zusätzlich zu den ohnehin schon hohen Lohnkosten sowie der großen Steuer- und Abgabenbelastung. Das kostet die heimischen Unternehmen enorm viele Ressourcen - und damit nach und nach auch deren Wettbewerbsposition.

Mit dem EU-Lieferkettengesetz in der jetzigen Fassung erleben wir das jüngste Bürokratiemonster. Hier wird Unternehmerinnen in Österreich eine unerfüllbare Informations- und Prüflast aufgezwungen. Außerdem: Die Einhaltung der Menschenrechte ist und bleibt Aufgabe der Politik! Mit dem Lieferkettengesetz wird diese Verantwortung auf Unternehmen überwälzt, von der realitätsfernen Umsetzung ganz zu schweigen. Dagegen werden auch wir Jungen uns entschieden zur Wehr setzen.

Dass das Lieferkettengesetz aus Brüssel kommt, bedeutet aber nicht, dass sich heimische Politiker auf die Schulter klopfen sollten – allein in Österreich gibt es in puncto Bürokratie enormen Aufräumbedarf, es reicht ein Blick in die Gewerbeordnung, um das zu merken.

Wir brauchen also eine Trendumkehr beim Thema Bürokratie. Hier gilt das Motto: Weniger ist definitiv mehr!

Julia Aichhorn, Bundesvorsitzende der Jungen Industrie 10 Vorarlberg März 2024

Neues Institut der Universität St. Gallen in Vorarlberg

Mit der Eröffnung des HSG-Instituts für Computer Science in Vorarlberg (ICV-HSG) gibt es eine neue Innovationsschmiede für Digitalisierung im Ländle.

ahre der Vorbereitung haben mit der Eröffnung des neuen Vorarlberg-Instituts der Universität St. Gallen endlich Früchte getragen – denn unsere IV sprach schon lange über die Notwendigkeit, den tertiären Bildungssektor im Ländle zu stärken. Von der Forderung von Kooperationen mit Universitäten in der IV-Industriestrategie 2016 bis zu einem "Education Tower" war es immer das Ziel, Vorarlbergs Bildungspotenzial zur Gänze auszuschöpfen und jungen Erwachsenen im Land neue Möglichkeiten zu bieten. Diesem Ziel ist man nun einen großen Schritt nähergekommen.

Anschub auch durch IV-Vorarlberg

Nicht zuletzt durch das jahrelange, hartnäckige Vorantreiben der IV-Vorarlberg ist es gelungen, die Universität St. Gallen zu gewinnen und gemeinsam das HSG-Institut für Computer Science in Vorarlberg (ICV-HSG) zu gründen. Dabei hat sich unser starkes IV-Netzwerk im Ländle massiv eingebracht. Wir bedanken uns daher ganz besonders bei unseren IV-Mitgliedern illwerke vkw, Alpla, Gebrüder Weiss, Haberkorn, Raiffeisen Landesbank Vorarlberg, Rhomberg Gruppe und Zumtobel sowie den weiteren Institutspartnern Heron und F-Technologies. Vielen Dank auch an das Land Vorarlberg und die WKV für den gemeinsamen Einsatz, der zu diesem Erfolg geführt hat!

Ergänzung für Wirtschaftsstandort

Diese Institutsgründung ist tatsächlich ein Meilenstein in der Vorarlberger Hochschulpolitik. Dazu die Worte von IV-Präsident Elmar Hartmann bei der Eröffnung: "Eine Universität ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern auch ein Raum der Inspiration, der Innovation und des intellektuellen Wachstums, an dem Wissenschaft, Forschung und Gemeinschaft miteinander verschmelzen. Die HSG-Niederlassung ist eine großartige Ergänzung für den Wirtschaftsstandort Vorarlberg. Der Fokus auf hochrelevante Themen, wie etwa die Generierung und Verarbeitung großer Datenmengen, unterstützt die Innovationskraft unserer heimischen Betriebe und entspricht daher genau den Anforderungen eines modernen, exportorientierten Industriestandorts. Zudem wird das Institut dabei helfen, den Braindrain einzudämmen. Schließlich sind viele junge Vorarlberger gezwungen, für die Forschung das Land zu verlassen."

Schnittstelle und Win-win

Das ICV-HSG ist eine Schnittstelle zwischen Forschung und Wirtschaft sowie eine "Innovationsschmiede für die Digitalisierung in Vorarlberg", so LH Markus Wallner. Vorarlberg lotet damit in Innovationsthemen – insbesondere im Zukunftsbereich Digitalisierung – das europaweit einzigartige Potenzial der Region weiter aus und stärkt den Wirtschaftsstandort. "In diesem neuen Institut auf dem Campus V in Dornbirn wird anwendungsorientiert gearbeitet und geforscht", bestätigt

Manuel Ammann, Rektor der Universität St. Gallen (HSG). Die am 1. Februar gestartete Forschungskooperation kann als grenzüberschreitende Win-win-Situation gesehen werden.

"Das HSG-Institut wird helfen, den Braindrain einzudämmen – schließlich sind viele junge Vorarlberger gezwungen, für die Forschung das Land zu verlassen."

> Elmar Hartmann, Präsident IV-Vorarlberg

Forschungsschwerpunkte

Inhaltlich werden in Dornbirn zwei Themenschwerpunkte adressiert:

 Embedded Sensing Systems: Alle Arten von Sensorsystemen (z. B. optische bzw. Sensoren für Radar- oder Funkwellen), die verteilt große Datenmengen generieren und über industrielle Netze effizient übertragen.

 Big-Data-Infrastrukturen: Effiziente Verarbeitung und Analyse großer Datenmengen, z. B. für das Trainieren von Machine-Learning-Modellen, welche in Artificial-Intelligence-Systemen Anwendung finden.

Beide Schwerpunkte haben zentrale Bedeutung auch für das wichtige Thema der Energieautonomie in Vorarlberg. Weiters ist das ICV-HSG Teil der School of Computer Science der Universität St. Gallen, an der 13 weitere Dozierende mit ihren Teams im Bereich Informatik forschen und lehren.

Persönlichkeiten hinter dem ICV-HSG

Direktor des ICV-HSG ist Prof. Stephan Aier. Inhaltlich wird das Institut von folgenden Experten getragen:

- Bruno Rodrigues verantwortet den Bereich Embedded Sensing Systems. Er hat an der Universität Zürich promoviert und seitdem dort verschiedene Forschungsprojekte rund um dieses Thema geleitet.
- Bernhard Bermeitinger verantwortet den Bereich Big-Data-Infrastrukturen. Er war Doktorand an der Universität Passau und ist seit der Gründung der Informatik-Fakultät an der Universität St. Gallen dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig.

An beiden Dozenturen werden künftig weitere Doktorierende tätig sein – und damit bringt das ICV-HSG die HSG-Doktoratsausbildung nach Vorarlberg.

Nächste Schritte

Künftig wird das ICV-HSG neben seinen

Beiträgen zur universitären Lehre und zur Grundlagenforschung ein breites Portfolio an Praxiskooperationen anbieten:

- Zusammenarbeit in universitären Lehrformaten, z.B. in Gastvorträgen, sowie die Betreuung von anwendungsorientierten Studierendenprojekten und Abschlussarbeiten
- Gemeinsame Wissenstransfer-Veranstaltungen mit den Kooperationspartnern, aber auch für weitere Interessierte aus dem Metropolitanraum Bodensee
- Gemeinsame Forschungsprojekte

Dazu wird das ICV-HSG schrittweise die notwendige Infrastruktur aufbauen und gestalten, angefangen von Büros und Labs über die administrativen Prozesse bis hin zum nun wichtigsten Teil, den Doktorierenden an den Dozenturen.

Finanzierung

Die Vorarlberger Partner beteiligen sich im Rahmen der Kooperation mit zehn Mio. Euro in den nächsten zehn Jahren.

- Vorarlberg stellt für die Einrichtung des Instituts samt Dozenturen, Geschäftsführung, sechs Doktorandenstellen und weiteren Stellen über eine Laufzeit von zehn Jahren jeweils 1 Mio. Euro jährlich zur Verfügung.
- Die Finanzierung erfolgt durch das Land Vorarlberg, die illwerke vkw AG, die WKV, die Industriellenvereinigung sowie durch Kooperationspartner aus der Vorarlberger Wirtschaft.

Die HSG sichert die akademische Qualität des Instituts und gewährleistet die Freiheit von Lehre und Forschung.



Startschuss für das HSG-Institut Vorarlberg mit (v. l.) Regierungsrat Beat Tinner (SG), Rektor Manuel Ammann (HSG), LH Markus Wallner, IV-Präsident Elmar Hartmann und WKV-Präsident Wilfried Hopfner.

IV-POSITIONEN Vorarlberg 11

IV-Präsident Hartmann zum geplanten Lieferkettengesetz

Mit der erneuten Verschiebung des geplanten EU-Lieferkettengesetzes sieht IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann die Sorge um unseren Industriestandort bestätigt.

V-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann freut sich über die Verschiebung der Abstimmung zum Lieferkettengesetz im Ausschuss der Ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten - denn das zeige, dass die berechtigten Bedenken der Industrie ernst genommen werden. "Natürlich befürwortet die Vorarlberger Industrie die Intention der EU, verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten entlang aller globalen Wertschöpfungsketten zu fördern und EU-weit einheitliche Standards zu schaffen. Der aktuell auf dem Tisch liegende Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz schießt aber deutlich über das Ziel hinaus und schafft nur ein weiteres Bürokratiemonster", so Hartmann.

Deindustrialisierung durch überbordende Regulierung und Bürokratie

Hartmann fordert: "Unsere Vorarlberger Unternehmen brauchen nicht mehr, sondern weniger Regulierung – denn überbordende Regulierung und Bürokratie sind Ursachen, die die schleichende Deindustrialisierung noch weiter fördern."

40.000 Beschäftigte in Vorarlberg

Direkt betroffen wären Betriebe in Vorarlberg mit mehr als 250 Beschäftigten und einem weltweiten Umsatz von über 40 Mio. Euro, in Summe rund 50 Unternehmen mit insgesamt rund 40.000 Beschäftigten. Sie könnten künftig für alle Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen entlang ihrer gesamten Lieferketten

haftbar gemacht werden, auch wenn sie diese nicht direkt verursacht haben oder wenn sie nicht ausreichende Sorgfaltspflichten getroffen haben, um diese zu verhindern.

Keine Kapazitäten

Hartmann: "Ein mittelständischer Betrieb hat oftmals nicht die administrativen Kapazitäten, permanent alle Missstände in den globalen Lieferketten – die mitunter aus Tausenden von Lieferanten und Sublieferanten bestehen – zu beobachten und zu beheben. Und auch die kleineren Betriebe werden indirekt gezwungen, diese Berichtspflichten zu erfüllen, denn wenn sie größeren Betrieben zuliefern, benötigen diese die Informationen."

Klares Bekenntnis zur Industrie gefordert

IV-Vorarlberg-Präsident Elmar Hartmann fordert nun ein klares Bekenntnis der österreichischen Regierung zum Wirtschaftsstandort und zur Industrie: "Es kann nicht sein, dass auf die Unternehmen zum wiederholten Mal Aufgaben abgewälzt werden, die Regierungen oder internationale Organisationen übernehmen müssten. Vor allem für mittelständische und kleinere Unternehmen ist das einfach nicht umsetzbar. Wir fordern deshalb eine komplette Überarbeitung dieser unverhältnismäßigen Auflagen - oder andernfalls ein klares Nein zum realitätsfremden EU-Lieferkettengesetz."



"Der aktuell auf dem Tisch liegende Vorschlag für ein Lieferkettengesetz schießt deutlich über das Ziel hinaus und schafft nur ein weiteres Bürokratiemonster!"

Elmar Hartmann, Präsident IV-Vorarlberg

Digitaler Austausch: "Wiederaufbau in der Ukraine – Chancen und Herausforderungen"

Die IV-Landesgruppen Vorarlberg, Tirol und Salzburg luden zum digitalen Austausch.

eit zwei Jahren tobt der Krieg in der Ukraine. Das Leid, das man in Österreich nur erahnen kann, führt deutlich vor Augen, was wirklich wichtig ist: Frieden, Sicherheit, Leben. Mit der Zeit entwickelt aber auch ein kriegsgeplagtes Land eine gewisse Routine; man gewöhnt sich an manches und ist trotz militärischem Patt gezwungen, an die Zukunft zu denken. So hat auch der Wiederaufbau in der Ukraine schon begonnen, doch angesichts der massiven Zerstörungen hat das Land noch einen weiten Weg vor sich. Diesen Weg kann die Ukraine nicht allein gehen – und sollte dies auch nicht tun müssen. Aus diesem Grund haben die IV-Landesgruppen Vorarlberg, Tirol und Salzburg am 26. Februar zu einem digitalen Austausch zum Thema Ukraine-Wiederaufbau eingeladen. Zu Gast waren über zwei Dutzend Mitgliedsbetriebe und auch der Botschafter der Ukraine, Vasyl Khymynets, und ein Vertreter des Kiewer Wirtschaftsministeriums, Vyacheslav Ovechkin. Sie berichteten über Herausforderungen und Möglichkeiten österreichischer Unternehmen am ukrainischen Markt und darüber, wie sie sich am Wiederaufbau beteiligen können.

Die Weltbank schätzt die Schäden und

ergo die Kosten für den Wiederaufbau auf knapp 400 Mrd. Dollar. Auch wenn es angesichts des Kriegsleids zynisch anmutet, stellt dies doch auch eine Chance für Betriebe überall auf der Welt dar. Diese Botschaft wird auch von den ukrainischen Vertretern betont: Der Wiederaufbau muss und wird ein Geschäft von beiderseitigem Nutzen sein.

Wie weit der Wiederaufbau schon gediehen ist, überraschte viele der teilnehmenden Betriebe. Enge Kooperationen mit nationalen Institutionen (in Österreich die OeKB) sollen die Risiken, die es für Investoren in einem Land im Kriegszustand gibt, minimieren. Die EU hat zudem ein Acht-Milliarden-Euro-Paket aufgestellt, das private Investoren in der Ukraine unterstützen soll; weitere Mittel folgen. Doch Betriebe seien gut beraten, nicht erst auf diese Gelder zu warten, sondern bereits jetzt zu investieren und sich Startvorteile zu sichern. Der Krieg hat die europäische Integration der Ukraine massiv beschleunigt und die Rahmenbedingungen verbessert; das investmenthungrige Land setzt alles daran, Betriebe anzulocken. Entsprechend wird auch an einem One-Stop-Shop gearbeitet, um ausländische Unternehmen bestmöglich zu beraten.

12 Vorarlberg März 2024

JUNGE INDUSTRIE BESUCHT PFANNER

Die Junge Industrie Vorarlberg startete am 26. Jänner ins JI-Jahr 2024 und warf bei Pfanner Getränke in Lauterach einen Blick auf die faszinierende Welt der Fruchtsaftproduktion. Als Gasthaus mit kleiner Bierbrauerei und Branntweinbrennerei im Jahr 1856 gegründet befindet sich die Hermann Pfanner Getränke GmbH weiterhin vollständig in Familienbesitz. Seit 1998 hat die Familie Pfanner dank ihrem Innovationsgeist und der Eroberung immer neuer Märkte den Unternehmensumsatz vervierfacht und mischt



nun mit den Global Playern der Getränkeherstellung mit – obwohl (oder besser: weil!) sie ein Familienbetrieb geblieben sind. Pfanner exportiert in mehr als 80 Länder, nur 20 % der hergestellten Ware bleiben im Inland. Nach einer Werksführung entlang der kompletten Prozesskette boten Firmenchef Peter Pfanner und JI-Mitglied Johannes Dietrich die Gelegenheit zu einem höchst interessanten

Austausch über die Unternehmensstrategie im unerbittlich umkämpften Fruchtsaftmarkt und präsentierten zum Abschluss bei einer Verkostung ihre verschiedenen Saftqualitäten.



Die erste Betriebsbesichtigung der Jungen Industrie (JI) Vorarlberg 2024 führte zu Pfanner Getränke in Lauterach.

55. "innovation(night": Cybersicherheit und die Rollen von Mensch und KI

Welche Rolle spielt bei Cybersicherheit der Mensch und welche künstliche Intelligenz? Roger Halbheer von Microsoft wird am 3. April über Cybersecurity, Cybercrimes und Angriffe auf Unternehmen sprechen.



ei der 55. "innovation(night" am 3. April gibt Roger Halbheer, Chief Security Advisor von Microsoft, Einblicke in die Welt der Cybersicherheit und zeigt, welche Rollen dabei Mensch und KI spielen. Er definiert dabei auch neueste Strategien gegen Cyberangriffe.

Phishing, Ransomware, Spams, Trojaner und Co: Über viele Kanäle sehen sich Sicherheitsexperten täglich mit Angriffen auf die Unternehmens-IT konfrontiert. Die Tools, mit denen versucht wird, Betriebe zu erpressen, wichtige Daten zu klauen oder die

Produktion zu stören, werden besser, auch KI-gestützt. Abwehrmechanismen müssen damit Schritt halten – auch dank KI?

Roger Halbheer ist Chief Security Advisor für Microsoft in EMEA (Europa, Naher Osten, Afrika). In seiner Funktion agiert er als Berater für Führungskräfte in öffentlichen und privaten Sektoren. Er pflegt Beziehungen zu Branchenführern, Sicherheitsgemeinschaften sowie Regierungen und Nachrichtendiensten weltweit. Der Schweizer ist Master-Absolvent in Informatik der ETH Zürich und zertifizierter Informationssicherheitsexperte (CISSP).

- Wann: 03.04.2024 (Mi), Beginn 18.30 Uhr
- Wo: Competence Center RHEINTAL, Lustenau
- Infos und Anmeldung: https://tinyurl.com/y48sxers

Die "innovation(night" ist eine gemeinsame Veranstaltungsreihe von IV-Vorarlberg, PRISMA Unternehmensgruppe, WISTO, FHV und VN. Seit 2003 will sie sensibilisieren, kreative Denk- und Diskussionsansätze anhand erfolgreicher Beispiele aufzeigen und die Entdeckung von anderen, neuen Perspektiven anregen.

MEET THE PRESIDENT!

Am 27. Februar stattete die Junge Industrie im Ländle dem Präsidenten der IV-Vorarlberg und CEO der Gantner Electronic GmbH, Elmar Hartmann, ihren Antrittsbesuch ab. Hartmann gab

zunächst persönlich einen Einblick in die spannende Firmengeschichte dieses Hidden Champions, der seit seiner Entstehung bisher jährlich zweistellig (bis auf die Jahre der Weltfinanzkrise) gewachsen ist. Spannend war es auch, der Entstehungsgeschichte des 30 Meter hohen Firmenstandorts in Nüziders zuzuhören, einem Leuchtturm (im wahrsten Sinne des Wortes) des höheren und dichteren Bauens in Vorarlberg, das angesichts der Bodenknappheit wichtiger denn je ist. Abgerundet wurde der Austausch durch eine intensive Diskussion über Hartmanns Prioritäten als IV-Präsident.



 $\label{thm:continuous} \mbox{Die Junge Industrie (JI) Vorarlberg stattete Gantner Electronic einen Besuch ab.}$

